

Pressemitteilung

BDI/PwC-Mittelstandspanel Herbst 2014:

- Mittelstand gibt aktueller Wirtschaftspolitik schlechtere Noten
- Fast zwei Drittel der industriellen Familienunternehmen fürchten bei Änderung des Erbschaftsteuergesetzes um ihren Bestand
- Fachkräftemangel: Zwei Drittel sehen in mangelnder Qualifikation Hauptgrund für unbesetzte Stellen

Seite
1 von 4

10. Dezember 2014

Im Herbst 2014 gibt der deutsche Mittelstand der aktuellen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung deutlich schlechtere Noten als noch vor einem halben Jahr. Waren im Frühjahr 2014 45 Prozent der Unternehmer der Meinung, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verdienten die Note „(sehr) gut“, sind es jetzt nur 37 Prozent. Dies ergibt das BDI/PwC-Mittelstandspanel, das am Mittwoch in Berlin vorgestellt wurde und für das das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn gemeinsam mit TNS Emnid 1.424 Unternehmen des industriellen Mittelstandes befragt hat.

Dass das Vertrauen weiter schwindet, belegt der Anteil von rund 21 Prozent an Unternehmen, die für die kommenden zwölf Monate mit schlechten bis sehr schlechten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen rechnen. Damit sehen fast doppelt so viele negativ in die Zukunft wie im Herbst 2013. Sorge bereiten den Unternehmen die möglichen Veränderungen bei der Erbschaftsteuer, die Entwicklung der

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Twitter: Der_BDI
YouTube: bdiBerlin
facebook: Bundesverband-der-Deutschen-Industrie-e-V

Energie- und Rohstoffpreise und die Schuldenkrise in Europa. Auch den Fachkräftemangel bekommen sie deutlich zu spüren.

Sorge vor veränderter Erbschaftsteuer

Fast zwei Drittel (64 Prozent) aller familiengeführten Industrieunternehmen sehen bei einem Wegfall der Verschonungsregeln in der Erbschaftsteuer den Bestand ihres Unternehmens gefährdet. Rund zwei Drittel (64 Prozent) der Familienunternehmen, in denen bis 2019 ein Generationenwechsel ansteht, wären in diesem Fall gezwungen, ihre Investitionen zu senken. Fast die Hälfte (48 Prozent) geht in einem solchen Fall davon aus, Beschäftigung abbauen zu müssen. Dazu sagte Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses: „Die mittelständischen Unternehmen blicken mit Sorge auf das bevorstehende Urteil in Karlsruhe. Wir in Deutschland brauchen weiterhin unbedingt einen wirtschaftlich gesunden und international wettbewerbsfähigen Mittelstand. Deshalb darf es keine Verschlechterung bei der Erbschaftbesteuerung geben.“

Unzureichende Qualifikation führt zu unbesetzten Stellen

Ungeachtet der konjunkturellen Unsicherheiten spüren die Mittelständler zunehmend den Druck durch die Verknappung des Arbeitskräfteangebotes. Fast 88 Prozent der Unternehmen melden aktuell Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen. Für rund 67 Prozent der Unternehmen ist dabei das Fehlen der erforderlichen Qualifikation Hauptgrund für die Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. „Besonders bei der Rekrutierung von Fachkräften mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung und bei der Besetzung von Ausbildungsstellen haben viele Mittelständler Mühe und reagieren darauf mit flexiblen Arbeitszeitmodellen oder individuellen Lösungen, um für Bewerber attraktiv zu sein“, sagte Dr. Peter Bartels, Vorstand Familienunternehmen und Mittelstand bei PwC. Konsequenterweise investieren sie daher auch in hohem Maße (64 Prozent) in die eigene betriebliche Ausbildung.

Dennoch sehen die Unternehmen die Politik zunehmend in der Pflicht: Neun von zehn Unternehmern (91 Prozent) fordern die Verbesserung der allgemeinen schulischen Ausbildung.

Kleine Betriebe haben höheren Anteil an Frauen in Führungspositionen

Je kleiner das Unternehmen, desto mehr Frauen gibt es in Führungspositionen. In kleinen Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten liegt der Anteil an weiblichen Führungskräften bei rund einem Viertel – und damit deutlich höher als in Großunternehmen, wo knapp zehn Prozent der Führungspositionen mit Frauen besetzt sind. „Bemerkenswert ist dabei, dass diejenigen Unternehmen, die Frauen auf der Chefetage beschäftigen, das Potenzial von Frauen als Führungskräfte auch erkennen und schätzen“, kommentiert Peter Bartels. Rund 49 Prozent der Unternehmen ohne weibliche Führungskräfte geben an, dass nach ihrer Meinung Frauen für Führungspositionen nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels finden Sie unter:

<http://www.bdi-panel.emnid.de/pdf/BDI-Ergebnisse-Herbst-2014.pdf>

Für das BDI/PwC-Mittelstandspanel befragte das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid im Zeitraum vom 9. September bis zum 10. November 1.424 mittelständische Industrieunternehmen.

BDI

Judith Völker, Presse und Öffentlichkeitsarbeit

T: +49 30 2028-1449

J.Voelker@bdi.eu

PwC

Dagmar Schadbach, Presseabteilung

T: +49 69 9585 5612

dagmar.schadbach@de.pwc.com

IfM Bonn

Dr. Jutta Gröschl

T: +49 228 72997-29

groeschl@ifm-bonn.org

Seite
4 von 4

Über den BDI

Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 37 Branchenverbände, 15 Landesvertretungen und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten.

Über PwC:

PwC bietet branchenspezifische Dienstleistungen in den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Unternehmensberatung. Dort schaffen wir für unsere Mandanten den Mehrwert, den sie erwarten. Mehr als 195.000 Mitarbeiter in 157 Ländern entwickeln in unserem internationalen Netzwerk mit ihren Ideen, ihrer Erfahrung und ihrer Expertise neue Perspektiven und praxisnahe Lösungen. In Deutschland erzielt PwC an 29 Standorten mit 9.400 Mitarbeitern eine Gesamtleistung von rund 1,55 Milliarden Euro. Die Bezeichnung PwC bezieht sich auf das PwC-Netzwerk und/oder eine oder mehrere der rechtlich selbstständigen Netzwerkgesellschaften. Weitere Details unter www.pwc.com/structure